

Zürich und Stäfa, 7. Juni 1999

KR-Nr. 172/1999

POSTULAT von Alfred Heer (SVP, Zürich) und Dr. Christoph Mörgeli (SVP, Stäfa)

betreffend Rückschaffung von kriminellen Personen aus dem Kosovo

Der Regierungsrat wird gebeten, sich dringend mit den Bundesbehörden in Verbindung zu setzen, damit kriminelle Asylbewerber aus dem Kosovo aus der Schweiz ausgewiesen werden können. So lange eine Rückschaffung in den Kosovo nicht möglich ist, sollte eine Rückschaffung in die Flüchtlingslager in Mazedonien oder Albanien vollzogen werden.

Alfred Heer
Dr. Christoph Mörgeli

Begründung:

Durch den Krieg in der Bundesrepublik Jugoslawien werden keine Rückschaffungen von kriminellen Personen aus dem Kosovo mehr vollzogen. Dies führt einerseits zu einem Mangel an Gefängnisplätzen im Kanton Zürich, andererseits zu einem grossen Unmut in der Bevölkerung.

Die Schweiz engagiert sich in der Balkanregion grosszügig mit Hilfe vor Ort für die Vertriebenen aus dem Kosovo. Auch Flüchtlinge aus dem Kosovo haben bereits in grosser Zahl Aufnahme in der Schweiz gefunden. Die humanitäre Hilfe der Schweiz für die unschuldig vertriebenen Zivilisten aus dem Kosovo ist nötig und richtig, darf aber nicht dazu führen, dass kriminelle Personen von den Kriegswirren profitieren und sich weiterhin in der Schweiz aufhalten dürfen.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, zusammen mit den Bundesbehörden dafür zu sorgen, dass kriminelle Personen aus dem Kosovo aus der Schweiz weggewiesen werden können. Der Bund hat gemäss Bundesrat Deiss bereits für Fr. 60 Mio. vor Ort Hilfe geleistet. Es sollte deshalb möglich sein, mit Mazedonien oder Albanien ein Abkommen zu treffen, damit kriminelle Asylbewerber in die dortigen Flüchtlingslager ausgeschafft werden können.

Nachdem der Bund Flüchtlinge mit Flugzeugen in die Schweiz bringt, sollte der umgekehrte Weg durchaus auch möglich sein.

Begründung der Dringlichkeit:

Der Kanton Zürich leidet unter einer akuten Gefängnisknappheit und kann die Sicherheit der Einwohner nicht mehr vollumfänglich garantieren, da Straftäter auf freien Fuss gesetzt werden müssen. Es sind deshalb dringende Massnahmen notwendig, um genügend Gefängnisplätze zur Verfügung zu haben. Der Bau von neuen Plätzen ist auch bei minimalen Standard eine teurere Lösung als eine Leerung der bestehenden Gefängnisplätze durch die Wiederaufnahme der Ausschaffungen von kriminellen Kosovo-Albanern. Die Akzeptanz zur Aufnahme von Vertriebenen aus dem Kosovo wird zudem in der Bevölkerung erhöht, wenn die Steuerzahler sehen, dass sich Unrecht nicht auszahlt. Dies kommt nicht zuletzt denjenigen Personen aus dem Kosovo zu Gute, welche unsere Hilfe tatsächlich benötigen.